

ALLTAGS-KOMMUNIKATION IN DER DDR

Ein Kolloquium in Frankfurt a. M.

Die Universität Frankfurt – genauer: das dortige Institut für deutsche Sprache und Literatur – scheint sich durch die Initiativen vor allem seines rührigen Leiters, Prof. Horst Dieter Schlos- ser, zu einem Kommunikationszentrum des »sprachlichen Ost-West-Themas« zu entwickeln. Vom 30. 9. bis 1. 10. 1988 veranstaltete er dort ein Kollo- quium mit dem Thema: Die Spezifik des öffentlichen Lebens und der All- tagskommunikation in der DDR.

Nicht der öffentliche Sprach- gebrauch, wie wir ihn in offiziellen Dokumenten und Verlautbarungen, in Presse und elektronischen Medien der DDR vorfinden, sollte Gegenstand der Tagung sein, sondern sprachliche Kommunikation in Alltag und Beruf, und zwar konzentriert auf bestimmte Sachbereiche oder Problemfelder. Hierzu sollten Kenner der Materie sachlich aufschließende Einstiegsrefe- rate halten, ergänzt durch Korreferate von Linguisten, in denen dann die lin- guistische Problematisierung geleistet werden sollte. In der Tat war es nicht ganz leicht, Sach- und Sprachexperten zu bestimmten Themenkreisen zu fin- den und zusammenzubringen.

Wohnungssuche, Geldverkehr und Einkaufen

Am Beispiel des Problemfeldes »Woh- nungssuche« versuchte Manfred W. Hellmann, Handlungsmuster und ihre Versprachlichung aufzuzeigen, mit de- nen üblicherweise DDR-Bürger dieses Problem zu lösen versuchen. *Antrag stellen, warten, immer wieder vorspre- chen / bohren / nachfragen, Beziehun- gen haben, selber vorrichten / herrich- ten* spielen in der DDR eine unver- gleichbar größere Rolle als hiezua- lände, dafür *Miethöhe, Nebenkosten, Kautio, Kündigung, Makler, Preisver- gleich* überhaupt keine. Und wer weiß schon, was *Reko-Wohnung, Altneu- bau, KWV, nichterf. Z.* (= nichterfaßtes Zimmer) in den DDR-Wohnungs- tauschanzeigen genau bedeuten? Und welch hoher Wertschätzung sich *Neu- bau* gegenüber *Altbau* erfreut?

»Ich eröffne ein Konto«

Auch das Referat von K. Leciejewski (Obertshausen) zeigte: Die Unterschie- de sind größer als vermutet; gerade scheinbar gleiche Wörter bezeichnen

oft in ganz unterschiedliche Zusam- menhänge eingebettete Dinge oder Vorgänge. Und wer achtet schon dar- auf, daß DDR-Bürger beim Betreten eines Geschäfts zu fragen pflegen: »Haben Sie...«, Bundesbürger aber eher »Ich hät' gern...« oder »Geben Sie mir...«.

Erziehung – Jugend – Familie – Gesellschaft

Mit diesem Schwerpunkt beschäftigten sich drei Referate: Frau G. Schmidt (Frankfurt): »Lehrer sein in der DDR« (anhand des Lehrerbildes in der »Deut- schen Lehrerzeitung«) mit einem Kor- referat von Peter Braun (Essen); Gisela Helwig (Köln): »Erziehung in der DDR zwischen Öffentlichkeit und Familie« mit Korreferaten von Frau M.-R. Frein- Plischke (Bonn) und M. Kaempfert (Bonn); K. Kästlin (Tübingen): »Feste und Feiern in der DDR« – hier ging es um die Jugendweihe – mit Korrefera- ten von O. Gudorf (Paderborn) und B. Schildberg (Kiel).

Kernpunkt der Diskussion war im- mer wieder das nicht aufgelöste Span-

nungsverhältnis zwischen sozialisti- schem Staat mit seinem umfassenden politisch-pädagogischen Anspruch ge- genüber jedem einzelnen Mitglied der sozialistischen Gesellschaft einerseits und der offenkundigen Tendenz der Einzelnen, sich diesem Anspruch zu entziehen, sich private Refugien zu verschaffen. Während die Familie heu- te – trotz ihrer oft reservierten Haltung gegenüber Staat und Gesellschaft – in ihrer Rolle nicht mehr unterstützt wer- de, verlange der Staat von der Schule um so mehr Leistungen zur Erziehung »allseitig gebildeter sozialistischer Persönlichkeiten«, was de facto auf Anpassungsdruck hinauslaufe. Umge- kehrt habe die Etablierung der Jugend- weihe mit ihren pseudosakralen sozia- listischen Elementen nicht viel anderes zuwege gebracht als die ihres (religiö- sen) Inhaltes ebenfalls meist entleerte bürgerliche Konfirmation.

Rechtssprache

Erstaunlich stark um die sprachliche Seite des Themas bemüht war vor allem das Referat von Fr.-Christian Schröder (Regensburg): »Wie wird die

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Rechtspflege sprachlich bewältigt?« Mit einer Fülle sich überlagernder, überlappender Formeln – zwölf (ohne die Varianten) in nur zehn Jahren! – habe die DDR-Führung versucht, das Problem sprachlich zu bewältigen, wie man »die Gesellschaft«, »die Bürger« an der Rechtspflege beteiligen könne, ohne je den Führungsanspruch der Partei und die Dominanz der staatlichen Rechtspflegeorgane in Frage zu stellen. Es begann mit den »Konfliktkommissionen« als *Instrumente gesellschaftlicher Erziehung* (1957), (später *Erziehung und Selbsterziehung*); seit 1960 *Einbeziehung der Werktätigen* in die staatliche Rechtspflege, abgewandelt zu *Einbeziehung der Öffentlichkeit*. Im wichtigen »Rechtspflege-Erlaß« von 1963 verlangte Ulbricht *erhöhte gesellschaftliche Wirksamkeit der Organe der Rechtspflege*. Die häufig so genannten *gesellschaftlichen Kräfte* wurden abgewandelt zu *gesellschaftliche Massenkraft*, *gesellschaftliche Organe der Rechtspflege*; die *unmittelbare Teilnahme der Werktätigen* wurde variiert zu *Mitwirkung neben Mitgestaltung*, und zwar (seit 1968) *der Bürger* – vorher *des Kollektivs*. Die Verfassung von 1974 etablierte neu den Begriff »Gesellschaftliche Gerichte«. Ein präziser Oberbegriff für die Mitwirkung von Bürgern fehle: Es wird vage von *breiter Teilnahme der Bürger* oder *Mitwirkung der Bürger am Strafverfahren* gesprochen.

Die Sprache der Rechtspolitik erzeuge mit einer relativ geringen Anzahl von Elementen eine sehr hohe Anzahl unterschiedlicher Formeln. Ihr häufiger Wechsel bei starker Stereotypie und schneller Ausbreitung im einzelnen erwecke den Eindruck des Verschleißes, der Ermüdung, der Inkonsistenz.

Das Korreferat (H. W. Eroms, Passau) verfolgte den Gebrauch des Rechtswokabulars vor allem in der Presse. Als zentrale Begriffe arbeitete er *Ordnung*, *Disziplin*, *Verantwortung*, *Erziehung*, *(Rechts-)Sicherheit* heraus, als Leitmotive der journalistischen Darstellung die Wirksamkeit der Staatsorgane (Polizei, Rechtspflege), die Aussichtslosigkeit von Verbrechen, Einsicht der Täter sowie helfende, erzieherische Einwirkung der Gesellschaft, des Kollektivs. In der Diskussion wurde u. a. kritisch gefragt, ob es wirklich »Irreführung« und »Täuschung« sei, wenn in der Bundesrepublik *Rechts-sicherheit* verstanden werde als die Gewähr für jeden Bürger, sein Recht auf gesicherten Rechtswegen und auf der Grundlage klarer Tatbestandsbeschreibungen verfolgen zu können, gegebenenfalls auch gegen den Staat; in der DDR aber als niedrige Verbrechensrate und hohe Aufklärungsquote, also als hohes Maß an Sicherheit gegenüber Kriminalität. Wer kann – insbesondere bei politisch-ideologischen Wörtern – behaupten, die einzig wah-

re, richtige Bedeutung zu kennen, zu haben?

Ähnliche Probleme wurden auch in den Referaten von D. Staritz (Mannheim) über die Rolle der Ideologie im DDR-Alltag und von M. Seibert (Wiesbaden) über »Diskursverwaltung – Metaphorik der Steuerung öffentlicher Kommunikation« sichtbar (Korreferate von C. Good und H. D. Schlosser). Nicht ohne Grund mahnte jemand, das Verhältnis von Sprache, gesellschaftlicher Wirklichkeit und Bewußtsein müsse sorgfältig reflektiert werden; ebenso sei der eigene Standpunkt zu reflektieren, wenn der ideologische Gehalt einzelner Ausdrücke oder mögliche Intentionen sprachlichen Handelns bewertet würden. Im übrigen: Manche Besonderheiten erschließen sich erst im Kontrast, sofern dieser mit gleich kritischer Sorgfalt ausgeführt werde.

In seinem Resümee betonte Schlosser den Versuchscharakter dieser Veranstaltung, deren Ergebnis aber – und hier fand er lebhaft Zustimmung – zu weiteren Versuchen ermutige, möglichst mit Beteiligung von DDR-Fachleuten.

Ein Sammelband über diese Tagung wurde in Aussicht gestellt.

Manfred W. Hellmann

Dr. Manfred W. Hellmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache.